

Viele Kitas in NRW ausgebaut

Land kritisiert
zu alte Statistikdaten

DÜSSELDORF ■ Während das Statistische Bundesamt das Angebot von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in NRW zu nur 18 Prozent erfüllt sieht, verwies NRW-Familienministerin Ute Schäfer (SPD) auf eine aktuelle Quote von rund 26 Prozent. Die Landesjugendämter hätten für das laufende Kindergartenjahr für unter Dreijährige rund 117 000 Betreuungsplätze gemeldet, etwa 84 500 in Kindertageseinrichtungen und 32 600 in der Kindertagespflege. Die Bundesdaten seien „bereits überholt“.

Dass NRW in der Erhebung schlecht abgeschnitten habe, führte sie auf die „mangelnde Investitionsbereitschaft“ der schwarz-gelben Vorgängerregierung zurück. Inzwischen sei bei der Versorgung eine „Trendwende“ erreicht worden. „Mehr als 95 Prozent der Bundesmittel sind inzwischen von den nordrhein-westfälischen Jugendämtern beantragt worden“, sagte die Ministerin. Um die angestrebte Betreuungsquote von rund 32 Prozent erreichen zu können, müssten insgesamt rund 144 000 U3-Plätze zur Verfügung stehen. Das heißt, es sind noch rund 27 000 Plätze bereitzustellen.

CDU-Landtagsfraktionschef Karl-Josef Laumann prognostizierte, dass die rot-grüne Landesregierung es bis Mitte 2013 nicht einmal schaffen werde, ein Drittel der Plätze zur Verfügung zu stellen. Der ab 1. August 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstätten-Platz sei „nicht einhaltbar“. Er begründet seine Einschätzung mit Eindrücken von Besuchen in einigen Einrichtungen.



NRW-Familienministerin Ute Schäfer (SPD) prangert die „mangelnde Investitionsbereitschaft“ der Vorgängerregierung an. ■ Foto: dpa

Neuere Kindergärten seien bereits für unter Dreijährige „ertüchtigt“ worden, deshalb sei der Ausbau in diesem Bereich bereits ausgeschöpft. Kirchliche Träger unterhielten häufig ältere Gebäude. Sie scheuten – auch vor dem Hintergrund teilweise fehlender Gelder für die Eigenanteil-Übernahme – die hohen Renovierungskosten, weil die Mitfinanzierung an eine 20-jährige Bestandsgarantie gekoppelt sei. „Die Modernisierung der Altbauten ist nicht schnell zu schaffen“, glaubt Laumann.

Der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Bernhard Tenhumberg, warf der Ministerin vor, dass es „keinen Ausbauplan, keine Zielvereinbarungen und vor allem zu wenig Fachpersonal“ gebe. Marcel Hafke, familienpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, forderte die rot-grüne Landesregierung gestern auf, endlich deutlich zu sagen, ob die Erfüllung des Rechtsanspruchs im bevölkerungsreichsten Bundesland noch realistisch sei. ■ vor



Wer passt auf uns auf? Kita, Tagesmutter oder zu Hause bleiben – Eltern haben bei der Kinderbetreuung die Qual der Wahl. Das Versprechen, genügend Angebote für Kinder unter drei Jahren zu schaffen, wird die Politik nicht einlösen können. ■ Fotos: dpa

Kampf um Krippenplätze

Laut Statistik fehlen noch mehr Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren als gedacht – Klagewelle befürchtet

Von Karl-Heinz Reith

BERLIN ■ Die Statistiker überraschen mit brisanten Zahlen: Statt 130 000 fehlen noch immer rund 220 000 Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren. Doch am Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot will die Familienministerin im Wahljahr 2013 nicht rütteln.

Bei einem „Krippengipfel“ vor fünf Jahren gaben Bund, Länder und Kommunen den Eltern ein ganz großes Versprechen: Auch für Kinder unter drei Jahren soll es in Deutschland künftig ausreichend Betreuungsangebote geben – entweder in einer Kita oder bei einer staatlich geförderten Tagesmutter. Knapp neun Monate bevor der Rechtsanspruch wirksam werden soll, steht die

Einlösung dieses Versprechens in vielen Regionen Westdeutschlands noch in den Sternen. Kommunen fürchten bereits eine Klagewelle abgewiesener Eltern. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sprach mit Blick auf die gestern vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Krippenplatz-Ausbauzahlen von „einem Tag der bösen Wahrheit“ für viele Bundesländer. Denn stimmen die neuen Berechnungen der Statistiker, fehlen für die angestrebte Zahl von bundesweit 780 000 Betreuungsangeboten noch immer 220 000 Plätze. Das sind weit mehr, als in den vergangenen vier Jahren insgesamt neu geschaffen wurden.

Noch im Frühjahr waren Schröder und die kommu-

nalen Spitzenverbände unter Berufung auf Zwischenmeldungen der Länder davon ausgegangen, dass allenfalls noch 130 000 Plätze fehlen. Der Bund legte noch einmal 580 Millionen für den Ausbau nach. Ein Grund dafür sind neue Umfragen: Ihnen zufolge geht das Deutsche Jugendinstitut davon aus, dass nicht, wie ursprünglich prognostiziert, 33 Prozent der Eltern ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen werden – sondern eher 39 Prozent.

Viele Städte klagen zudem nicht nur über fehlendes Geld für den Krippenausbau: In den Innenstädten gibt es häufig Probleme, passende Grundstücke für einen Kita-Neubau mit angrenzendem Spielplatz zu finden. Auch mangelt es

häufig an qualifizierten Erziehern.

In der Erzieherausbildung ist Englisch zwar heute Pflichtfach. Doch es gibt kaum Aus- oder Fortbildungsangebote in den Muttersprachen von Migrantenkindern, wie etwa Türkisch, kritisiert Norbert Hocke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Ein von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigtes Umschulungsprogramm für arbeitslose Schlecker-Frauen erwies sich als Flop.

Ursprünglich hatten Bund, Länder und Kommunen geplant, 30 Prozent der erforderlichen Betreuungsplätze bei Tagesmüttern anzubieten. Das wäre wesentlich günstiger, als der Betrieb einer Voll-Kita mit Investitio-

nen für die Immobilie und den Kosten für das Personal. Doch viele Eltern haben Vorbehalte, ihr Kleinkind einer unbekannteren Tagesmutter anzuvertrauen. Auch der jüngste nationale Bildungsbericht von Bund und Ländern geht davon aus, dass sich höchstens 20 Prozent der Eltern mit einer solchen Lösung zufrieden geben werden.

Schon im Frühjahr hatte der Städtetag eingeräumt, es werde angesichts des eher schleppenden Ausbaus im nächsten Sommer vielerorts kaum möglich sein, den gewünschten Krippenplatz „gleich um die Ecke“ zu finden. Doch Schröder konterte: „Länder und Kommunen haben seit 2007 genug Zeit gehabt, den Bedarf an Kitaplätzen rechtzeitig

zu ermitteln und sich um den Bau zu kümmern.“

Schröder will am Rechtsanspruch nicht rütteln. Doch das politische Schwarzer-Peter-Spiel im Wahljahr 2013 scheint programmiert, wenn Eltern vor Gericht ihr Recht auf einen Kitaplatz geltend machen – oder Schadensersatz für Lohnausfall oder die Beschäftigung einer privaten Betreuungsperson verlangen.

Und im Hintergrund tobt der unendliche Konflikt um das Betreuungsgeld. Mit ihren Forderungen, das Geld stattdessen besser in den Kita-Ausbau zu stecken, konnte sich die Opposition gegen die Koalition nicht durchsetzen. Juristen basteln nun im Auftrag von SPD und Grünen bereits an einer Verfassungsklage.

Fragen und Antworten zu Tagesmüttern und -vätern

Wie viele Tagesmütter und -väter gibt es?

Bundesweit hatten Ende 2010 insgesamt 52 000 Personen eine Erlaubnis des Jugendamtes zur Kindertagespflege – Männer machten davon nur einen kleinen Teil aus. 2011 stieg diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 10,5 Prozent. Üblicherweise betreuen Tageseltern jeweils ein bis fünf Kinder. Zum Stichtag 1. März 2011 nahmen Eltern von 124 000 Kindern ein Tagespflege-Angebot in Anspruch. Zu nicht registrierten Tageseltern gibt es keine verlässlichen Zahlen.

Welche Qualifikationen haben Tagesmütter?

Es gibt keine Berufsausbildung zur Tagesmutter, das Jugendamt prüft aber die Eignung zur Kindertagespflege. Für diese Pflegeerlaubnis prüft das Jugendamt bei einem Hausbesuch unter anderem, ob es

genug Platz für die Kinder gibt und ob die Tagesmutter persönlich geeignet ist. Weitere Voraussetzungen sind ein Führungszeugnis und eine gesundheitliche Bescheinigung. Im Jahr 2009 konnte ein Drittel der Tageseltern weder einen fachpädagogischen Abschluss noch einen entsprechenden Qualifizierungskurs vorweisen. Inzwischen ist jedoch eine 160 Unterrichtsstunden umfassende Qualifizierungsmaßnahme zur Kinderbetreuung gesetzlich vorgeschrieben. Dazu kommen regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen.

Wieviel verdienen Tagesmütter?

Sie sind freiberuflich tätig und erhalten je nach Region zwischen 3 und 8 Euro pro Kind und Stunde. Bei häufiger Betreuung liegt eine Monatspauschale bei etwa 650 Euro. Seit Januar 2009 müssen Ta-

gesmütter ihr Einkommen versteuern und Sozialabgaben zahlen.

Wie findet man eine geeignete Tagesmutter?

Bei der Suche nach einer geeigneten Tagesmutter kann das örtliche Jugendamt weiterhelfen. Alternativ gibt es in vielen Bundesländern auch freie Träger, die Tagesmütter vermitteln. Um sich ein vollständiges Bild zu machen, sollten Eltern der Tagesmutter in jedem Fall selbst einen Besuch abstatten. Wichtig ist auch, eine Eingewöhnungsphase zu vereinbaren, in der das Kind die Gruppe zusammen mit den Eltern kennenlernt. Eltern sollten mit der Tagesmutter einen Betreuungsvertrag schließen, in dem zum Beispiel die Betreuungszeiten geregelt werden, was zu tun ist, wenn das Kind krank wird oder ob es alleine zur Schule gehen darf.

Welche Probleme bereiten EU-Hygienevorschriften?

Eine EU-Verordnung von 2004 zu Hygienevorschriften für Lebensmittelunternehmer betrifft auch Tagesmütter, da diese regelmäßig Essen für Dritte zubereiten. Laut EU-Richtlinie dürfen keine Zimmerpflanzen auf den Tischen stehen, die Kühlschranktemperatur muss regelmäßig überprüft, Lebensmittel müssen gekennzeichnet werden. Davon rückte das Bundesverbraucherministerium inzwischen ab. Die Standards der Tagesmütter entsprechen dem Hygieniveau eines gut geführten Haushalts, hieß es. Für die Kontrolle seien die Länder verantwortlich, die zum Teil bereits vereinfachte Hygienevorschriften erlassen haben. Diese beinhalten etwa Schulungen in Hygienefragen. Eine Ausstattung der Tageseltern wie in Großküchen ist nicht mehr erforderlich. ■ dpa

Kinderbetreuung in den Bundesländern

Anteil der Kinder unter drei Jahren in der Kindertagesbetreuung* im März 2012.	angestrebte Betreuungsquote 2013: 39 %	Veränderung zu 2007 in Prozentpunkten
Sachsen-Anhalt	57,5 %	+5,7
Mecklenburg-Vorp.	53,6	+9,5
Brandenburg	53,4	+10,0
Thüringen	49,8	+12,3
Sachsen	46,4	+11,8
Berlin	42,6	+2,8
Hamburg	35,8	+13,8
Rheinland-Pfalz	27,0	+15,0
Schleswig-Holstein	24,2	+16,0
Hessen	23,7	+11,3
Baden-Württemberg	23,1	+11,6
Bayern	23,0	+12,3
Saarland	22,1	+10,0
Niedersachsen	22,1	+15,2
Bremen	21,2	+10,7
Nordrhein-Westfalen	18,1	+11,2
Deutschland	27,6	+12,1